

## Etwa gleich viele Lehrlinge

**BERUFSBILDUNG** Bis Ende Mai 2017 hat der Kanton Luzern 3475 Lehrverträge bewilligt. Dies sind 27 weniger als vor einem Jahr. Die beliebtesten Branchen sind weiterhin das KV, das Gesundheitswesen und die Informatik.

Wie die Kantonale Dienststelle Berufs- und Weiterbildung am Dienstag mitteilte, ging in praktisch allen Branchen die Zahl der Bewerbungen zurück. Erfahrungsgemäss werden auch im Sommer noch Lehrverträge zur Genehmigung eingereicht. 2016 waren es im Juni und August über 800 gewesen.

Weniger Lehrverträge wurden dieses Jahr in den grossen Branchen Bäckerei, Elektro, Sanitär und Gastgewerbe verzeichnet. Viele offene Lehrstellen gibt es noch im Bau-, Gebäudetechnik-, Auto- und Metallbaugewerbe. Diese würden traditionell später ihre Lehrlinge aussuchen, teilte die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung mit.

861 (2016: 873) Schüler meldeten sich für das Aufnahmeverfahren der Berufsmaturität an, 685 (697) bestanden dieses. Für die lehrbegleitende Berufsmaturität meldeten sich 483 (460) Schüler an.

sda

## Rücktritt von Markus Lustenberger

**FRIEDHOFSWÄRTER** Kürzlich tagte der Friedhof- und Bestattungswärter-Verband Kanton Luzern in Sursee. Die 29 anwesenden Stimmberechtigten genehmigten einstimmig die mit einem Verlust von 359 Franken abschliessende Jahresrechnung 2016. Ausserdem nahmen sie Kenntnis vom Rücktritt des Präsidenten Markus Lustenberger (Schötz) nach zwölfjähriger Vorstandstätigkeit, davon neun Jahre als Präsident. Sein Sitz bleibt vorderhand vakant. Dafür konnte für Daniela Schmid, die fünf Jahre lang das Amt der Aktuarin bekleidete, in der Person von Josef Schurtenberger (Menzna) ein Nachfolger gewählt werden.

Beim Rahmenprogramm liessen sich die Teilnehmer in die Geschichte und Zukunft der Surseer Friedhofsanlagen einweihen.

dz

## Unverständnis beim Gewerbeverband

**STEUERVORLAGE 2017** Der Schweizerische Gewerbeverband hat bereits auf die negativen Auswirkungen der geplanten Steuervorlage 2017 (SV17) auf das Gewerbe hingewiesen. Der Gewerbeverband Kanton Luzern teilt diese Einschätzung. Die Aussage des Luzerner Finanzdirektors, er sei mit der Vorlage SV17 «zufrieden», stösst beim Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL) auf völliges Unverständnis. «Immerhin ist der Kanton Luzern ein KMU-Kanton. 98,9% seiner Unternehmen sind kleine und mittelgrosse Betriebe», schreibt der KGL. Dagegen habe Luzern im schweizerischen Vergleich wenig Steuereinnahmen von Statusgesellschaften. Die in der SV17 vorgesehene Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf 70% treffe deshalb seine KMU-Wirtschaft überdurchschnittlich. Umso erstaunlicher ist die Aussage für den KGL zudem, weil die Regierung bereits im Rahmen des KP17 eine Erhöhung von damals 50% auf 70% vorschlug. Der Kantonsrat lehnte diesen Vorschlag aber im letzten Herbst ab und legte eine Erhöhung auf 60% fest. «Es wäre nun angezeigt, dass die Regierung diesen Kantonsratsentscheid ernst nimmt und sich entsprechend gegen eine Erhöhung auf 70% ausspricht», schreibt der KGL. «Erstens aus Respekt gegen über dem Kantonsrat und zweitens im Interesse seiner KMU-Wirtschaft.»

pd/WB

# Angela Lüthold neue Präsidentin

**SVP KANTON LUZERN** Die Würfel sind gefallen: Angela Lüthold-Sidler ist neue Präsidentin der Luzerner SVP. Sie setzte sich deutlich gegen Oliver Imfeld durch. Lüthold folgt auf Nationalrat Franz Grüter.

Die Neuwahl fand anlässlich der ordentlichen Generalversammlung in Eich statt. Spannender hätte die Ausgangslage nicht sein können. Die Findungskommission unter der Leitung von Nationalrat Felix Müri konnte den SVP-Mitgliedern eine echte Auswahl bieten. Ist Kantonsrätin Angela Lüthold-Sidler eher ländlich, ist Vizepräsident Oliver Imfeld mehr Richtung Agglomeration und Stadt orientiert. Angela Lüthold gilt als erfahrene Politikerin, demgegenüber steht Newcomer Imfelds Name für «offen für Neues». Vor der Generalversammlung wurde heftig spekuliert. Nach einer Vorstellungsrunde der beiden Kandidaten und den danach gefolgt geheimer Wahlen, stand das Resultat fest: Angela Lüthold-Sidler ist mit 109:56 Stimmen im ersten Wahlgang als 8. Präsidentin der SVP Kanton Luzern gewählt. Mit grossem Applaus begrüsst die 168 Anwesenden der Generalversammlung ihre neue Präsidentin.

Lüthold zu ihrer Wahl: Sie sei stolz und freue sich auf das Präsidenten-Amt und bedanke sich für das grosse Vertrauen. Als Erstes gilt es für die neue Präsidentin, ihr Leitbild und ihre persönliche Struktur in der Parteileitung einzubringen. Alt Kantonalpräsident Franz Grüter wird ihr, wo immer auch nötig, zur Seite stehen. Als Vizepräsident wurde Oliver Imfeld einstimmig wiedergewählt.

### Wahlen im Blickfeld

Im Jahresbericht beschränkte sich der scheidende Präsident Franz Grüter vor allem auf die Neugründungen der Ortsparteien und setzte bereits den Fokus auf die kommenden Wahlen 2019. Auch die Gemeinderatswahlen 2020 sind ein Thema. Gerade für die Exekutiv-Wahlen in die Gemeinden brauche es viel Kraft. Ein grosser Sieg war die kürzlich gewonnene Abstimmung gegen die kan-



Setzte sich im Rennen ums Präsidium klar durch: Angela Lüthold.

Foto Tina Steinmann

tonale Steuererhöhung. Das sei für ihn das grosse Abschiedsgeschenk als Kantonalpräsident, sagte Grüter. Mit einer grossen Dankesrunde an alle Weggefährten der letzten fünf Jahre schloss der Präsident den Jahresbericht.

Die üblichen Geschäfte der Generalversammlung wurden jeweils einstimmig gutgeheissen.

### Gegen höhere Gebühren und Abgaben

Die SVP unterstützt ein Komitee, welches gegen höhere Gebühren und Abgaben antritt. Fraktionspräsident Guido Müller stellte das Referendum kurz vor. Auf Mehrwertabgaben bei Um- und Aufzonen soll verzichtet werden. Mit zwei Gegenstimmen wurde dieser Antrag mit grosser Mehrheit von den Delegierten unterstützt.

### Albert Rösti verabschiedet Franz Grüter

Bei den eidgenössischen Wahlen zur

wählerstärksten Partei im Kanton Luzern geworden, den dritten Nationalratsitz zurückgewonnen und die neuerliche Abstimmung gegen die Steuererhöhung gewonnen – diese Erfolge haben einen Namen: Mit Nationalrat Franz Grüter tritt einer der erfolgreichsten Kantonalpräsidenten der letzten 25 Jahre zurück. Er durfte die persönlichen Gratulationen von Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz, entgegennehmen.

Kollege und Nationalrat Felix Müri würdigte den zurückgetretenen Präsidenten Grüter mit einer eindrücklichen Laudatio. Das Zepter als Parteipräsident wurde Grüter genommen und durch eine persönlich eingravierte Hellebarde ersetzt. Grüter, der Winkelried der Neuzeit? «So ist es nicht, ich habe höchsten in diesen fünf Jahren einige Anstösse getätigt. Ohne unzählige Macherinnen und Macher in der Partei wären diese Erfolge nicht möglich gewesen.»

rs/WB

## Die Präsidentin

**Name:**  
Angela Lüthold-Sidler

**Geboren:**  
10. Dezember 1957

**Wohnort:**  
Nottwil

**Zivilstand:**  
verheiratet, drei Kinder

**Beruf:**  
Unternehmerin,  
Sidler & Co, Nottwil

**Politik:**  
Kantonsrätin

**Website:**  
www.angela-luethold.ch

# Ein Kreuzchen soll künftig genügen

**MAJORZWAHLEN** Die Luzerner Stimmberechtigten sollen bei Majorzwahlen nicht mehr mit einer Unmenge von Wahlzetteln eingedeckt werden.

Der Regierungsrat schlägt vor, dass nur noch eine Liste mit allen Kandidaten verschickt wird, auf der die gewünschten Kandidaten angekreuzt werden können. Der Regierungsrat beantragt, eine Motion von Ali R. Celik (Grüne, Luzern) gutzuheissen. Heute erhalten die Stimmberechtigten neben einer

Blankoliste Listen, die Parteien und Komitees zusammengestellt haben und oft dieselben Kandidaten enthalten. Diese grosse Zahl von Listen führe zu Verunsicherung, bringe dem Wähler aber keinen Informationsgewinn, kritisiert Celik.

### Nur noch eine Blankoliste?

Celik schlägt deswegen vor, dass dem Stimmbürger künftig nur noch eine Blankoliste zugestellt werden soll. Diese könne dann vom Stimmberechtigten eigenhändig und handschriftlich ausgefüllt werden. Die Informationen zu

den Kandidaten solle den Stimmbürgern wie in den Sachabstimmungen in einer Broschüre geliefert werden.

Der Regierungsrat unterstützt Celiks Anliegen, favorisiert aber statt einer Blankoliste eine Wahlliste, auf der die entsprechenden Namen angekreuzt werden können. Damit werde das Fehlerpotenzial und das Risiko ungültiger Stimmen erheblich verringert. Einen Verlust demokratischer Rechte sieht der Regierungsrat durch die Neuerung nicht.

Nach Angaben des Regierungsrats gab es im zweiten Wahlgang der Re-

gierungsratswahlen 2015 für zwei zu besetzende Sitze und drei Kandidaten zehn Wahllisten. Bei den Ständeratswahlen 2015 konnten die Stimmberechtigten im zweiten Wahlgang für zwei Sitze und fünf Kandidaten zwischen 17 Wahllisten auswählen. Im zweiten Umgang der Stadtratswahlen 2016 waren es für zwei Sitze und vier Kandidaten 19 Listen.

Der Regierungsrat geht davon aus, dass durch den Verzicht auf die vielen Listen der Kanton pro Wahlgang Druckkosten von bis zu 40000 Franken sparen könnte.

sda/WB

# Regierung und Gericht nicht einig

**JUSTIZREFORM** Das Luzerner Kantonsgericht findet eine Idee aus dem Kantonsrat gut, mit einem Planungsbericht die Grundlagen für eine Weiterentwicklung des Justizwesens zu schaffen. Der Regierungsrat will davon aber nichts wissen.

Kantonsrätin Ylfete Fanaj (SP, Luzern) verlangt in einer Motion von der Regierung einen Planungsbericht darüber, wie die Justiz 2025 aussehen könnte. Sie begründet dies mit der Einführung der eidgenössischen Strafprozessord-

nung 2011 und der Zusammenlegung des Ober- und Verwaltungsgerichts 2013.

Seit 2011 habe die Zahl der Fälle an den erstinstanzlichen Gerichten stark zugenommen, schreibt Fanaj. Mit zusätzlichen Belastungen sei zu rechnen, dies wegen der Ausschaffungsinitiative und der vergrösserten Abteilung Wirtschaftskriminalität bei der Staatsanwaltschaft. Es müssten rechtzeitig Massnahmen getroffen werden können, damit die Rechtsordnung nicht gefährdet werde.

Fanaj fordert auch, dass Vorschläge für einen Standort des Kantonsgerichtes gemacht würden. Heute sei dieses

mit seinen vier Abteilungen in der Stadt Luzern auf drei Standorte verteilt. Nicht mehr zeitgemäss sei zudem das Lohnsystem für langjährige erstinstanzliche Richter.

Weil das Gerichtswesen eine unabhängige Gewalt im Staat ist, hat die Regierung beim Kantonsgericht eine Stellungnahme zur Motion eingeholt. Das Kantonsgericht erachtet den geforderten Planungsbericht als Chance, die Gerichte zielgerichtet weiterzuentwickeln.

Es beantrage deswegen, die Motion erheblich zu erklären, schreibt das Gericht. Es weist aber auch darauf hin, dass für die Erstellung des Planungsbe-

richts entsprechende finanzielle Mittel im Budget bereitgestellt werden müssten.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat hingegen die Ablehnung. Die Ausarbeitung eines solchen Berichts wäre finanziell aufwendig und personell beanspruchend. Die finanziellen Perspektiven liessen es nicht als angezeigt erscheinen, einen solchen Planungsbericht zu erstellen.

Gemäss Regierung kann ein Teil der geforderten Aspekte anderweitig dargestellt werden, etwa im Rahmen der jährlichen Tätigkeitsberichte, oder in der bereits aufgegleisten Organisationsentwicklung angegangen werden.

sda/WB